

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP) vom 30. Oktober 2008: Keine „NO go areas“ in der Stadt Bern (08.000360)

In der Stadtratssitzung vom 2. Juli 2009 wurde das folgende Postulat Fraktion FDP erheblich erklärt und am 21. Oktober 2010 die Frist zur Vorlage des Prüfungsberichts bis Ende 2011 erstreckt:

Die Grosse Schanze und das Gebiet um die Schützenmatte (neben anderen wie beispielsweise die Aarberggasse) gelten in Bezug auf die Sicherheit als Problemzonen. Obwohl schwere Straftaten, z.B. Raubüberfälle, Körperverletzungen und Drogenhandel häufig sind und erst vor wenigen Wochen ein Mann an seinen durch einen körperlichen Angriff erlittenen Verletzungen verstorben und eine 13-jährige Verkäuferin von WWF-Karten in der Altstadt brutal überfallen worden ist, wurde der Problematik von Seiten des Gemeinderates bisher nicht die nötige Beachtung geschenkt. So sind über die Jahre Zonen entstanden, die von Passanten zumindest zu gewissen Zeiten gemieden werden – und dies in der vergleichsweise kleinen Stadt Bern – notabene mitten im Zentrum.

Die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) hat in den vergangenen Monaten eine Umfrage bei der Bevölkerung zum subjektiven Sicherheitsgefühl durchgeführt. Diese hat offenbar ergeben, dass 41% der befragten Passanten die Grosse Schanze bei Nacht meiden. Sie alle, insbesondere junge Frauen forderten mehr Polizeipräsenz und gaben teilweise an, die Grosse Schanze in der Nacht zu umgehen. Die Geschäftsführerin des SBB-Personalrestaurants äusserte die Vermutung, dass ihr Betrieb wegen der schlechten Sicherheitslage Umsatzeinbussen hinzunehmen hat. Für ihr Personal habe sie aus Sicherheitsgründen eine direkte Sicherheitshotline zu Securitrans einrichten lassen.

Den Medien vom 15. August 2008 (Bund und BZ) und vom 25. Oktober 2008 (Bund) ist zu entnehmen, dass die SUE ein neues Sicherheitskonzept ausarbeite und konkrete Massnahmen prüfe. Dabei gehe es u.a. um eine Verbesserung der Beleuchtung oder eine Belebung des Gebietes. Angesprochen wurde auch die Möglichkeit einer Überwachung durch Videokameras.

Dass sich die Sicherheitsdirektion der Problematik annimmt, ist grundsätzlich zu begrüßen. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Problematik dürfte sich die Situation aber nicht allein mit punktuellen Einzelmassnahmen seitens der Sicherheitsdirektion nachhaltig und längerfristig verbessern lassen. Vielmehr müsste sich der Gesamtgemeinderat endlich der Thematik annehmen und gemeinsam mit allen Beteiligten und Betroffenen die Situation à fonds aufarbeiten. Nebst mehr Polizeipräsenz und einer konsequenten Strafverfolgung gehören dazu insbesondere bauliche und verkehrstechnische Massnahmen sowohl im Bereich der Grossen Schanze als auch und insbesondere rund um die trostlose und unzureichend genutzte Schützenmatte. Würden diese Gebiete zu einladenden Eintrittspforten in das Stadtzentrum umgestaltet, gäbe es hier wohl auch weniger Sicherheitsprobleme.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, die nötigen Massnahmen zu treffen, damit

1. in einem ersten Schritt rasch möglichst die Sicherheitslage an den neuralgischen Punkten insbesondere auf der Grosse Schanze und im Gebiet der Schützenmatte im Rahmen eines alle Direktionen, Amtsstellen und Betroffenen mit einbeziehenden Gesamtkonzeptes längerfristig und nachhaltig messbar verbessert wird;
2. in einem zweiten Schritt die Grosse Schanze und das Gebiet rund um die Schützenmatte städtebaulich und verkehrstechnisch dergestalt aufgewertet wird, dass diese ihrer Bedeutung als zentrale Orte der Bundeshauptstadt gerecht werden.

Bern, 30. Oktober 2008

Postulat Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP), Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Karin Feuz-Ramseyer, Dannie Jost, Philippe Müller, Bernhard Eicher, Yves Seydoux, Markus Kiener, Thomas Balmer

Bericht des Gemeinderats

In seiner Antwort vom 29. April 2009 hat der Gemeinderat dem Stadtrat aufgezeigt, dass laufend und in der ganzen Stadt adäquate Massnahmen getroffen werden, um die Sicherheit und insbesondere auch das Sicherheitsempfinden zu verbessern. Mittels gezielter Schwerpunktsetzung können Probleme an neuralgischen Punkten rasch angegangen und Massnahmen eingeleitet werden.

Zu Punkt 1:

Schützenmatte

Der Gemeinderat hat in diversen Antworten zu parlamentarischen Vorstössen auf die seit 2008 verschärfte Sicherheitsmassnahmen im Bereich der Schützenmatte hingewiesen. Diese Sicherheitsmassnahmen haben u.a. bewirkt, dass der Drogenkonsum im öffentlichen Bereich der Schützenmatte seit 2009 kaum mehr ein Thema ist. Provokationen, Scharmützel, Hindernisse an Amtshandlungen, Gewalt und Drohungen gegen Angehörige der Polizei kommen allerdings immer wieder vor, wie an anderen Orten auch. Es gibt leider einzelne Gruppierungen in der Reitschule, die sich nicht in die Strukturen des Kulturbetriebs einbinden lassen und einen geordneten Betrieb gefährden. Daraus resultieren zum einen Lärmprobleme im Zusammenhang mit teilweise unbewilligten Aktivitäten auf dem Vorplatz der Reitschule. Zum anderen kommt es immer wieder zu Angriffen von in der Regel verummten Täterinnen und Tätern auf die Kantonspolizei sowie zur Behinderung polizeilicher Einsätze. Der Gemeinderat verurteilt solche Handlungen scharf. Er erwartet von der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR), dass sie solche Aktionen klar verurteilt und Wege findet, die Handlungsmöglichkeiten der entsprechenden Personen und Gruppierungen in der Reitschule einzuschränken. Weiter erwartet er von der IKuR, dass sie polizeiliche Handlungen nicht behindert und jene, die sie behindern, nicht darin unterstützt. Was die Lärmproblematik anbelangt, ist für den Gemeinderat die Sachlage klar: die Reitschule hat sich an die Vorgaben der Gastgewerbebewilligung zu halten; sie wird wie jeder andere Gastgewerbebetrieb behandelt.

Grosse Schanze

Der Gemeinderat hat bereits mehrfach ausgeführt und betont, dass ihm die Problematik rund um die Grosse Schanze bewusst ist und er daher im Jahr 2009 eine breit abgestützte Arbeitsgruppe „Parkterrasse Grosse Schanze“ ins Leben gerufen hat. Dazu gehören neben den involvierten städtischen Stellen folgende externen Organisationen: Schweizerische Bundesbahnen SBB, Grosse Schanze AG, Kanton Bern (Amt für Gebäude und Grundstücke), Universität Bern, Kantonspolizei, Quartierkommission Bern Länggasse-Felsenau (QLä), Dachverband für offene Arbeit mit Kindern (DOK), Trägerverein für die offene Jugendarbeit TOJ und Stadtbauten Bern. Die Arbeitsgruppe hat seither im Rahmen von drei Runden Tischen verschiedene Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Situation ausgelöst und längerfristige Konzepte und Lösungen zu den Themenbereichen Nutzung und Gestaltung, Veranstaltungsmanagement, Sicherheit, Beleuchtung, Restauration, Reinigung, WC-Anlage sowie baulicher Unterhalt erarbeitet. Diese Konzepte und Lösungsansätze sind im Dezember 2010 vom 3. Runden Tisch der Arbeitsgruppe „Parkterrasse Grosse Schanze“ verabschiedet und der stadträtlichen Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) präsentiert worden.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit den in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Lösungsansätzen eine spürbare und nachhaltige Verbesserung der Situation auf der Grossen Schanze erzielt werden kann. Diese Einschätzung wurde und wird auch von der grossen Mehrheit der Arbeitsgruppe „Parkterrasse Grosse Schanze“ geteilt. Bestätigt wird sie zudem durch den Umstand, dass sich die Sicherheitslage auf der Grossen Schanze seit 2010 stark verbessert hat. Es mussten beispielsweise im 2010 keine Raubüberfälle auf der Grossen Schanze mehr verzeichnet werden. Nur noch vereinzelt wurden Anzeigen wegen Sachbeschädigungen eingereicht. Diese positive Entwicklung bestätigt sich auch im 2011.

Obwohl das kantonale Amt für Gebäude und Grundstücke AGG - als Grundeigentümerin von grossen Teilen der Grossen Schanze - von Beginn an in die Arbeiten involviert war, distanzierte es sich im unmittelbaren Vorfeld des 3. Runden Tisches zur Überraschung aller Beteiligten von den zentralen Ergebnissen der Arbeitsgruppe. Dabei stellte das AGG insbesondere das in der Arbeitsgruppe erarbeitete Nutzungskonzept in Frage, welches als verbindliche Grundlage der Beteiligten für die weitere Entwicklung der Grossen Schanze und für die Beurteilung und die Bewilligung von Veranstaltungen hätte dienen sollen. Das Konzept sollte die verschiedenen Interessen im Rahmen des Möglichen unter einen Hut bringen und eine massvolle Belebung der Grossen Schanze unter Berücksichtigung der Interessen der Stadtberner Bevölkerung und der Universität Bern ermöglichen.

Die Haltung des AGG wurde im Zuge der nachfolgenden Diskussionen von der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) bestätigt. Bei der Bewilligung von Veranstaltungen sei ein zweistufiges Verfahren anzuwenden: In einem ersten Schritt entscheide der Kanton als Grundeigentümer, ob er eine Veranstaltungen auf dem Gelände zulassen will oder nicht. In einem zweiten Schritt müsse sodann der Veranstalter allfällig notwendige Bewilligungen einholen. Von ihrer Haltung hat sich die BVE trotz mehrfachem Insistieren der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün, einem gemeinsamen Gespräch mit den wichtigsten Schlüsselpartnerinnen und -partnern (SBB, Universität, Grosse Schanze AG) und einer Intervention des Gemeinderats nicht abhalten lassen.

Der Gemeinderat bedauert diese Haltung des Kantons und sieht sich veranlasst, das Engagement der Stadt hinsichtlich der Grossen Schanze kritisch zu hinterfragen. Dazu gehört sowohl die Überprüfung der geltenden Verträge als auch die Weiterverfolgung der im Rahmen der Runden Tische erarbeiteten Lösungsansätze (Sicherheitskonzept, WC-Anlage, Beleuchtung, Restaurationsbetrieb etc.). Die Stadt wird jedenfalls vorab auf weitere Investitionen (WC-Anlage, Beleuchtung) verzichten und stattdessen versuchen, gemeinsam mit dem Kanton nach anderen Lösungsansätzen zu suchen.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat hat im Stadtrat anlässlich der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse oder im Rahmen von Projektierungskrediten dargelegt, wie er gedenkt, das Bollwerk als zentrale Verkehrsachse städtebaulich aufzuwerten. Eine Gesamtplanung für dieses Areal soll ab 2012 initiiert werden. Dabei bestehen Abhängigkeiten zu laufenden Grossprojekten wie insbesondere Zukunft Bahnhof Bern (ZBB). Losgelöst von diesen längerfristigen städtebaulichen Überlegungen besteht beim Bollwerk kurz- und mittelfristiger Sanierungsbedarf. So hat der Stadtrat am 7. Juli 2011 einem Projektierungskredit zur Teilsanierung Bollwerk zugestimmt, mit welchem in erster Linie die dringend notwendige Sanierung von Werkleitungen projektiert werden soll; grundlegende städtebauliche Aufwertungen sind in diesem Schritt nicht möglich. Andererseits hat Energie Wasser Bern in Zusammenarbeit mit den städtischen Stellen ein Projekt für die punktuelle Verbesserung der Beleuchtungssituation im Raum Bollwerk, Schützenmatte bis Waisenhausplatz ausgelöst. Dazu laufen zurzeit die Verhandlungen mit den betroffenen Liegenschaftseigentümern; mit einer Umsetzung kann im Sommer 2012 gerechnet werden.

Momentan bildet die Umgestaltung und Attraktivierung der Schützenmatte samt ihrer Umgebung das Thema des internationalen Studentenwettbewerbs „Schindler Award 2012“. Die Abgabe der Projekte ist im Juli 2012 und deren Jurierung im September 2012 vorgesehen. Der Gemeinderat erhofft sich, dass die Beiträge des „Schindler Award 2012“ einen frischen Blick auf die Problematik werfen und zur Erweiterung des Lösungsspektrums im Hinblick auf die vorgesehene langfristige Planung beitragen werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die finanziellen Folgen hängen von den umzusetzenden Massnahmen ab und sind im heutigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Bern, 14. Dezember 2011

Der Gemeinderat